

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses (9. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU  
– Drucksache 20/8413 –**

### **Pakt für Wachstum und Wohlstand**

#### **A. Problem**

Mit dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, zur Vermeidung von Wohlstandsverlusten eine Industriestrategie vorzulegen, die wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für die Industrie in Deutschland schafft.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU.**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

#### **D. Kosten**

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 20/8413 abzulehnen.

Berlin, den 25. September 2024

**Der Wirtschaftsausschuss**

**Michael Grosse-Brömer**  
Vorsitzender

**Hansjörg Durz**  
Berichterstatter

## Bericht des Abgeordneten Hansjörg Durz

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/8413** wurde in der 122. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. September 2023 an den Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und an den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion der CDU/CSU sieht den Wirtschaftsstandort Deutschland durch ein zunehmendes Schwinden der industriellen Basis gefährdet. Der Anteil, den das Verarbeitende Gewerbe zur Wirtschaftsleistung beitrage, sei seit dem Jahr 2018 um 2 Prozent auf 20,6 Prozent im Jahr 2022 gefallen. Zudem sei die Produktion der energieintensiven Industrien im Jahr 2022 um 20 Prozent eingebrochen. Die einschlägigen Indikatoren für das Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe signalisierten zuletzt ein stark schrumpfendes Neugeschäft. Das Verarbeitende Gewerbe habe sich bisher durch seine Innovationskraft ausgezeichnet und als Produktivitätstreiber zur Sicherung des Wohlstands beigetragen. Der Grund für die jüngste negative Entwicklung seien gestiegene Kosten, die auf ein unzureichendes Energieangebot, den schnellen Anstieg von Lohnnebenkosten und zunehmenden Bürokratieaufwand zurückzuführen seien. Es brauche daher Strukturreformen und eine Wachstumsagenda für Wirtschaft, Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit, damit Deutschland ein weltweit führendes Industrieland bleibe.

Die Fraktion der CDU/CSU fordert die Bundesregierung deshalb auf, eine breit abgestimmte Industriestrategie vorzulegen, die wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für die Industrie schafft. Zudem solle ein Belastungsmoratorium für Unternehmen beschlossen und das Vierte Bürokratieentlastungsgesetz schnellstmöglich in den Deutschen Bundestag eingebracht werden, um die Wirtschaft spürbar von Bürokratie zu entlasten und Investitions- und Forschungshemmnisse abzubauen. Weiter fordert die Fraktion, Planungs- und Genehmigungsprozesse erheblich zu beschleunigen und das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz für Unternehmen mit mindestens 1.000 Arbeitnehmern im Inland bis zum 1. Januar 2025 auszusetzen. Eine weitere Forderung bezieht sich auf die Sicherstellung wettbewerbsfähiger Energiepreise, auch durch Senkung der Stromsteuer auf das gesetzliche europäische Minimum von 0,05 Cent pro Kilowattstunde. Zudem solle eine Superabschreibung für Investitionen in Klimaschutz, Automatisierung und Digitalisierung eingeführt und Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen durch die Deckelung der Sozialabgaben bei 40 Prozent entlastet werden. Auf die weiteren Forderungen im Antrag wird verwiesen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/8413 in seiner 100. Sitzung am 24. April 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/8413 in seiner 89. Sitzung am 24. April 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Gruppe BSW dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/8413 in seiner 79. Sitzung am 24. April 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 20/8413 in seiner 85. Sitzung am 25. September 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Gruppe BSW dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 20/8413 in seiner 75. Sitzung am 25. September 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 20/8413 in seiner 107. Sitzung am 24. April 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

#### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Wirtschaftsausschuss hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/8413 in seiner 81. Sitzung am 25. September 2024 gemeinsam mit den Anträgen der Fraktion der CDU/CSU auf den Drucksachen 20/10985, 20/10371, 20/11144 und 20/11950 abschließend beraten. Die Beratung des Antrags auf Drucksache 20/8413 war zuvor in der 75. Sitzung am 24. April 2024, in der 76. Sitzung am 15. Mai 2024, in der 77. Sitzung am 5. Juni 2024, in der 78. Sitzung am 12. Juni, in der 79. Sitzung am 26. Juni 2024 und in der 80. Sitzung am 3. Juli 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD und der Gruppe die Linke vertagt worden.

Auf Drucksache 20/11825 hatte der Vorsitzende dem Plenum am 12. Juni 2024 gemäß § 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages Bericht erstattet. Zu diesem Bericht hat der Deutsche Bundestag in seiner 178. Sitzung am 27. Juni 2024 eine Aussprache durchgeführt.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hob hervor, sie habe frühzeitig auf die sinkende Wirtschaftsleistung und den Verlust von Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland aufmerksam gemacht. Die Bundesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP im Deutschen Bundestag hätten sich jedoch über Monate hinweg einer Aussprache über die von der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten Anträge im Wirtschaftsausschuss verweigert. Die Fraktion der CDU/CSU habe den Eindruck gewonnen, dass die Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag beziehungsweise die Bundesregierung zwar vom grünen Wirtschaftswachstum und vom wirtschaftlichen „Turnaround“ sowie vom wirtschaftsfreundlichsten Bundeskanzler, den Deutschland seit Langem habe, sprächen, letztlich aber die Antworten auf die bestehenden wirtschaftlichen Herausforderungen schuldig blieben. In Anbetracht der schlechten Wirtschaftslage in Deutschland wäre eine frühzeitige Auseinandersetzung mit den Forderungen und Vorschlägen der Fraktion der CDU/CSU, die infolge der späten Behandlung nun teilweise überholt seien, geboten gewesen.

Die **Fraktion der SPD** betonte, die Bundesregierung habe viele Maßnahmen zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage auf den Weg gebracht. Der Fraktion der SPD mangle es an Seriosität in den Anträgen der Fraktion der CDU/CSU, da ihre Forderungen nicht mit entsprechenden Finanzierungsvorschlägen hinterlegt worden seien. Die Bundesregierung habe mit der neuen Wachstumsinitiative ein gutes Paket geschnürt, das die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessere, und es bestehe für alle die Chance, die Maßnahmen dieser Wachstumsinitiative zu unterstützen. Die Anträge der Fraktion der CDU/CSU enthielten mit der Abschaffung des Bürgergeldes und den weiteren Forderungen, die darauf abzielten, die Arbeitsaufnahme stärker zu fördern, Vorschläge, die die bestehende Rechtslage bereits berücksichtige. Auch deshalb würden die Anträge der Fraktion der CDU/CSU durch die Koalitionsfraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP abgelehnt.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** räumte ein, die Situation der deutschen Wirtschaft sei ernst. Lösungen müssten gefunden werden, um den Wohlstand in Deutschland nachhaltig zu sichern und um weiter wettbewerbsfähig zu sein. Deutschland befinde sich mittendrin in einer großen Transformation weg von den alten analogen Geschäftsmodellen hin zu einer digitalisierten und dekarbonisierten Wirtschaft. Dies sei ein globaler Trend. Beispielsweise hätten sich im Vergleich zum Jahr 2010 die globalen Absatzmärkte für Elektroautos 15-mal vergrößert und der globale Ausbau von Solaranlagen 75-fach. Das seien jedenfalls die Herausforderungen, auf die

sich die Wirtschaft entsprechend vorbereiten müsse. Jedenfalls sehe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Unionsanträgen nicht den Hauch einer Antwort auf die großen wirtschaftlichen Herausforderungen der Exportnation Deutschland. Es bleibe bei der Ablehnung der Unionsanträge.

Die **Fraktion der FDP** schloss sich den Ausführungen der Fraktion der SPD an. Es fehle insbesondere an einer seriösen haushalterischen Hinterlegung von Mitteln im Bundeshaushalt oder an einer seriösen Gegenfinanzierung, um die von der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten wirtschaftspolitischen Vorschläge umzusetzen. Der Fraktion der FDP sei es deshalb wichtig, dass die aktuell eingebrachte Wachstumsinitiative der Bundesregierung „Neue wirtschaftliche Dynamik für Deutschland“ eng mit dem Haushalt verbunden werde, damit nicht nur Maßnahmen allgemein aufgezeigt würden, sondern auch, wie diese Maßnahmen erfolgreich im Bundeshaushalt bei Einhaltung der Schuldenbremse umgesetzt werden könnten.

Die **Fraktion der AfD** kritisierte die späte Behandlung der Unionsanträge im Wirtschaftsausschuss. Die Fraktion betonte, dass bereits vor Monaten, wenn nicht vor Jahren, viele der jetzigen Forderungen der Fraktion der CDU/CSU von der AfD-Fraktion erhoben worden seien. Den Anträgen der AfD sei jedoch nicht zugestimmt worden. Unabhängig hiervon kritisierte die Fraktion der AfD, eine „Klimatransformation“ würde durch die Fraktion der CDU/CSU letztlich akzeptiert. Es werde nicht darauf abgestellt, was die Wirtschaft in Deutschland wirklich brauche. Die Bundesregierung fahre jedenfalls eine Politik gegen die Menschen in Deutschland. Die Bürgerinnen und Bürger hätten erkannt, dass dies nicht funktioniere, die Wirtschaft gehe bergab. Deutschland sei der kranke Mann Europas. Die Fraktion der AfD habe jedenfalls die besseren Konzepte für eine Wirtschaftswende. Es werde Zeit, dass es in Deutschland wieder bergauf gehe.

Die **Gruppe Die Linke** sah insbesondere die Forderung der Fraktion der CDU/CSU nach einer Deckelung der Sozialabgaben als kritisch an. Im Ergebnis laufe dies auf eine Rentenkürzung und auf eine Kürzung im Gesundheitsbereich hinaus, wenn keine weiteren Maßnahmen ergriffen würden. Die Äußerungen der Fraktion der CDU/CSU zur Höhe des Bürgergeldes und zum Lohnabstandsgebot hielten keiner Überprüfung stand. Zudem seien die Vorschläge für eine Steuersenkung nicht gegenfinanziert. Die Gruppe Die Linke stimme den Anträgen der CDU/CSU-Fraktion jedenfalls nicht zu.

Der **Wirtschaftsausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/8413.

Berlin, den 25. September 2024

**Hansjörg Durz**  
Berichterstatter





